

Editorial: Bessere Konjunktur heißt noch nicht  
mehr Wachstum

Konjunkturprognose 2006:  
Belebung setzt sich fort

Biodiesel: Nicht nur eitel Sonnenschein

Ausgestaltung der Studiengebühren  
sollte Rücksicht auf Lebensumstände nehmen

Zweiter Jahrgang der RGS Econ begrüßt

Gemeinschaftsdiagnose:  
Wissenschaftler tagten im RWI Essen

Neuerscheinungen: RWI : Discussion Papers

Interna: Neu im Team – Neu in der RGS Econ

Nr. 5/2005



## Bessere Konjunktur heißt noch nicht mehr Wachstum

Seit Jahren werden die Konjunkturprognosen für Deutschland überwiegend nach unten revidiert. Da ist es erfreulich, dass in unserer neuen Prognose die Aussichten für 2006 günstiger beurteilt werden als noch in der vom September. Die nun etwas optimistischere Sicht hat mehrere Gründe: Die internationale Konjunktur läuft etwas besser als bisher angenommen. Der seit langem erhoffte Investitionsaufschwung scheint nun tatsächlich eingesetzt zu haben. Und auch die Wirtschaftspolitik leistet einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag.

Verbesserte Abschreibungsbedingungen und etwas mehr staatliche Investitionen, wie sie nun beschlossen wurden, können allerdings nur *konjunkturelle* Impulse geben. Das *Wachstum* können sie kaum nachhaltig fördern. Zwar gibt es auch Fortschritte beim Subventionsabbau: Die Eigenheimzulage wird abgeschafft, und einige Steuervergünstigungen werden gestrichen. Bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts wird sich aber wohl nur wenig tun, und eine Reform des Steuersystems, seit langem angemahnt, dürfte weiter auf sich warten lassen.

Im Gegenteil: Bei den Steuern sendet die Regierung ein völlig falsches Signal aus. Die Mehrwert- und die Versicherungsteuer werden 2007 um 3%-Punkte angehoben und eine „Reichensteuer“ für Spitzenverdiener eingeführt. Dies führt zu einer Belastung der Steuerzahler, die ihre Entlastung durch niedrigere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei weitem übersteigt.



Damit werden zwei Schäden zugleich angerichtet: Zum einen erhält die Konjunktur nach hoffnungsvollen Ansätzen im kommenden Jahr im übernächsten sofort wieder einen Dämpfer. Die Konsumentenstimmung hat sich schon jetzt wieder verschlechtert, und der Investitionsaufschwung dürfte nicht lange anhalten, wenn die Unternehmen nur geringe Absatzchancen für ihre Produkte sehen. Viel schwerer als das wiegt aber der Schaden für das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen: Wenn es „eng“ wird im Staatshaushalt, so lautet die Botschaft, werden – wieder einmal – Steuern erhöht, weil für eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik die Kraft fehlt.

Mag die deutsche Wirtschaft 2006 auch rascher expandieren als bisher prognostiziert: Zu dem Schluss, dass die anhaltende Wachstumsschwäche überwunden sei, berechtigt dies nicht.

*Roland Döhrn*

## Aus der Forschung

### Konjunkturprognose 2006: Belebung setzt sich fort

Das RWI Essen erhöht seine Prognose für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2006 um 0,2%-Punkte auf 1,6%. Gründe hierfür sind unter anderem

eine weiterhin temporeich wachsende Weltwirtschaft, die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie ein anhaltender Investitionsaufschwung. Schwach-

punkt bleiben die privaten Konsumausgaben. Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt um 0,6 % zunehmen und die Arbeitslosenquote nur leicht auf 10,7% sinken. Das staatliche Budgetdefizit wird im kommenden Jahr zwar sinken, aber mit 3,2% des nominalen BIP erneut die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrags überschreiten.

Die Konjunktur in Deutschland hat sich in der zweiten Hälfte von 2005 trotz der beträchtlichen Verteuerung von Energie spürbar belebt. Diesmal war jedoch nur etwa die Hälfte des Zuwachses des BIP auf den dank der guten Weltkonjunktur steigenden Außenbeitrag zurückzuführen. Erstmals seit langem leistete die Inlandsnachfrage einen nennenswerten Beitrag, insbesondere die kräftig gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen. Andererseits sind die privaten Konsumausgaben nun schon im dritten Quartal in Folge zurückgegan-

gen. Per saldo dürfte das reale BIP 2005 um 0,9% zugenommen haben. Vor einem Jahr hatten wir an dieser Stelle einen Zuwachs von 1,3% prognostiziert. Insbesondere hatten wir die Konsumnachfrage deutlich stärker eingeschätzt, vor allem weil der anhaltende Anstieg der Rohölpreise nicht vorherzusehen war.

Für 2006 gehen wir von einer Fortsetzung der Belebung aus. Zwar dürften sich die höheren Energiepreise zunächst noch dämpfend auswirken, jedoch stehen die Zeichen günstig, dass sich die Konjunktur im Jahresverlauf kräftigt. Zum einen wird die Weltwirtschaft unserer Einschätzung nach weiterhin mit relativ hohem Tempo wachsen. Zudem dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter verbessern, so dass die Exporte erneut spürbar zulegen dürften. Zum anderen spricht vieles für einen anhaltenden Investitionsaufschwung: Finanzierungsbedingungen und Gewinnsituation sind günstig; und die neue Bundesregierung plant, die Abschreibungsmöglichkeiten zu verbessern. Ein höheres Auftragsvolumen spricht zudem dafür, dass die Bauinvestitionen erstmals seit langem wieder leicht zulegen werden.

Schwachpunkt der Konjunktur bleiben die privaten Konsumausgaben. Sie dürften erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 spürbar steigen, wenn nach unserer Einschätzung die Zahl der Erwerbstätigen wieder stärker zunimmt. Vorübergehend vergrößern dürfte sich die Konsumnachfrage dann auch deshalb, weil wegen der für 2007 angekündigten Mehrwertsteuererhöhung zu erwarten ist, dass größere Anschaffungen vorgezogen werden. Vor diesem Hintergrund halten wir eine Zunahme des realen BIP um 1,6% für wahrscheinlich. Das ist immerhin mehr als der durchschnittliche Zuwachs seit der Wiedervereinigung.

#### Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2005 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2004	2005 <sup>s</sup>	2006 <sup>s</sup>
Verwendung <sup>1</sup>			
Konsumausgaben	0,0	-0,4	0,3
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,6	-0,3	0,4
Staat	-1,6	-0,7	0,3
Anlageinvestitionen	-0,1	0,0	3,6
Ausrüstungen	2,6	5,5	5,9
Bauten	-2,3	-4,6	1,3
Sonstige Anlagen	1,8	3,9	5,5
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,5	0,4	0,1
Inlandsnachfrage	0,6	0,1	1,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	1,1	0,8	0,6
Ausfuhr	9,3	6,6	8,2
Einfuhr	7,1	5,2	7,6
Bruttoinlandsprodukt	1,6	0,9	1,6
Erwerbstätige <sup>3</sup> , in 1000	38 869	38 840	39 110
Arbeitslose <sup>4</sup> , in 1000	4 381	4 875	4 730
Arbeitslosenquote <sup>5</sup> , in %	10,2	11,2	10,7
Verbraucherpreise <sup>6</sup>	1,6	2,0	1,9
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	-1,0	-0,6	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates <sup>8</sup>			
in Mrd. €	-81,2	-80,0	-73,0
in % des BIP	-3,7	-3,6	-3,2
Leistungsbilanzsaldo <sup>9</sup> , in Mrd. €	83,5	85,0	95,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – <sup>1</sup>In Preisen des Vorjahres (Kettenindex, 2000 = 100). – <sup>2</sup>Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>3</sup>Im Inland. – <sup>4</sup>Nationale Abgrenzung. – <sup>5</sup>Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – <sup>6</sup>Verbraucherpreisindex. – <sup>7</sup>Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – <sup>8</sup>In der Abgrenzung der VGR. – <sup>9</sup>In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – <sup>s</sup>Eigene Schätzung.

Der Preisauftrieb dürfte sich dabei wieder abschwächen. Wegen der höheren Energiepreise beträgt die Teuerungsrate derzeit knapp 2,5%. Wenn, wie hier unterstellt, die Rohölnotierungen im kommenden Jahr nicht weiter steigen, wird die Inflation im Verlauf von 2006 sinken. Gefährdet wäre die Preisniveaustabilität aber, wenn es mit Blick auf die derzeitige Teuerung und die erwarteten Inflationseffekte einer steigenden Mehrwertsteuer zu höheren Lohnabschlüssen käme, zumal die im Euro-Raum reichlich vorhandene Liquidität die Überwälzung höherer Kosten erleichtert.

#### **Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich kaum verbessern**

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich trotz anziehender Konjunktur nur wenig verbessern. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt derzeit noch, und der Anstieg der Erwerbstätigkeit kommt vor allem dadurch zustande, dass vermehrt Langzeitarbeitslose in „Ein-Euro-Jobs“ eine vorübergehende Beschäftigung finden. Im Verlauf von 2006 dürfte aber auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder zunehmen. Das gilt wohl auch für Minijobs. Zugleich gehen wohl von der Arbeitsmarktpolitik geringere Wirkungen aus, da die Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ dann nur noch wenig ausgeweitet werden dürfte und die Förderung der Ich-AGs zur Jahresmitte voraussichtlich ausläuft. Wir erwarten einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,6% (Jahresdurchschnitt), die Arbeitslosenquote dürfte damit nur leicht von 11,2% (2005) auf 10,7% (2006) sinken.

Die Lage der öffentlichen Haushalte verbessert sich 2006 voraussichtlich zwar aus konjunkturellen Gründen, jedoch wird das „strukturelle“ Defizit nur wenig verringert. Zwar wurden bereits Einschnitte bei Personalausgaben, Subventionen und Steuervergünstigungen beschlossen. Letztere

werden aber 2006 nur in geringem Maße kassenwirksam, und zugleich wurden die staatlichen Ausgaben, insbesondere investive, erhöht. Die Defizitquote sinkt so voraussichtlich nur von 3,6 auf 3,2%. Damit würde die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages erneut überschritten.

#### **Deutschland bleibt abhängig von der Weltwirtschaft**

Das höhere BIP-Wachstum ist im Wesentlichen zyklisch bedingt; allein 0,6%-Punkte sind nach unserer Schätzung durch den Überhang aus diesem Jahr angelegt. Maßnahmen der neuen Bundesregierung haben nur geringen Anteil daran, dass wir unsere Prognose angehoben haben. Verbesserte Abschreibungsbedingungen dürften die Investitionen zwar anschieben; die Wachstumsbedingungen nachhaltig verbessern würde aber erst eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung, die es vor 2008 wohl nicht geben wird. Teurer erkauft ist jener Teil der Expansion, der aus Vorzieheffekten beim privaten Konsum durch die geplante Mehrwertsteuererhöhung resultiert. Ihm steht 2007 ein Ausfall gegenüber – und dies, wenn die Realeinkommen ohnehin durch die höhere Mehrwertsteuer belastet werden.

Dadurch erhält die Hoffnung einen Dämpfer, dass die Konjunktur künftig wieder stärker vom Konsum getragen wird. Deshalb bleibt die deutsche Wirtschaft wohl auch 2007 darauf angewiesen, dass die Weltwirtschaft floriert. Gerade im internationalen Umfeld bestehen aber beträchtliche Risiken: Bleibt die Weltkonjunktur kräftig, so besteht auch eine hohe Nachfrage nach Energieträgern und Rohstoffen. Weiter steigende Notierungen für sie sind nicht auszuschließen. Auch vergrößern sich die Leistungsbilanzungleichgewichte wohl weiter – und damit wächst die Gefahr abrupter Änderungen der Wechselkurse.

Informationen: [doehrn@rwi-essen.de](mailto:doehrn@rwi-essen.de),  
[tschmidt@rwi-essen.de](mailto:tschmidt@rwi-essen.de)

## Biodiesel: Nicht nur eitel Sonnenschein

Die völlige Steuerbefreiung von Biodiesel sollte abgeschafft werden. Sie lässt sich weder mit Beschäftigungseffekten, noch durch die Ökobilanz oder Gründe der Emissionsvermeidung rechtfertigen. Ebenso kritisch ist eine Beimischungspflicht für Biodiesel zu bewerten. Stattdessen sollte die Forschung im Bereich Biotreibstoffe vorangetrieben werden, damit diese zukünftig ohne spezielle Förderung am Markt bestehen können.

Biodiesel weiterhin von der Mineralölsteuer zu befreien, ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Stattdessen sollte Biodiesel in Zukunft wenigstens teilweise und zunehmend besteuert werden. Momentan wird auf Biotreibstoffe wie Biodiesel und Bioethanol keine Mineralölsteuer erhoben. Dies soll helfen, die (unverbindlichen) Quoten der EU-Richtlinie 2003/30/EC für Biotreibstoffe zu erfüllen. Demnach wird in den EU-Mitgliedstaaten für 2005 ein Biotreibstoffanteil von 2% angestrebt, bis 2010 einer von 5,75%. Bereits 2004 verursachte die Steuerbefreiung von Biodiesel allein in Deutschland Steuerausfälle von rund 500 Mill. €. Zur Zeit ist Deutschland innerhalb der EU der mit Abstand größte Produzent von Biodiesel.

Die Steuerbefreiung wird neben Umwelteffekten auch mit positiven Beschäftigungseffekten in der Landwirtschaft gerechtfertigt. Aus ökonomischer Sicht hemmt diese Subventionierung jedoch den notwendigen Strukturwandel im Agrarsektor. Um den angestrebten Biodieselanteil zu erreichen, käme es zudem zu vermehrtem Wettbewerb um Ackerland, da der Rapsanbau erheblich ausgeweitet werden müsste. Dies könnte zu höheren Preisen für landwirtschaftlich erzeugte Nahrungsmittel führen.

### Steuerbefreiung lässt sich nicht mit Ökobilanz begründen

Bei genauerer Betrachtung aller ökologischen Wirkungen zeigt sich, dass sich die Steuerbefreiung von

Biodiesel auch aus der Perspektive der Umwelt nicht rechtfertigen lässt. So reduziert sich zwar der Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber fossilem Diesel, jedoch nicht um 100 Prozent, sondern nur um einen Wert zwischen 41 und 78 Prozent. Dies liegt sowohl am geringeren Energiegehalt des Biodiesels, als auch an der energieintensiven Verarbeitung des Raps. Die große Bandbreite resultiert unter anderem daraus, ob und in welcher Höhe weiterverwertbaren Nebenprodukte der Biodieselproduktion in der Ökobilanz berücksichtigt werden.

Darüber hinaus ist Biodiesel keinesfalls eine kosteneffiziente Strategie zur Emissionsvermeidung. Mit ca. 140 bis 300 €/t liegen die Emissionsvermeidungskosten weit über dem mittelfristig geschätzten Preis von 30 €/t für CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Biodiesel bedarf deshalb auch in Zeiten des Emissionshandels einer Förderung.

### Forschung sollte intensiviert werden

Da weder ökonomische noch ökologische Motive für eine weitere komplette Steuerbefreiung von Biodiesel sprechen, sollte Biodiesel in Zukunft zumindest teilweise und zunehmend besteuert werden. Abzuraten ist davon – wie im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vorgesehen –, die Steuerbefreiung durch eine Beimischungspflicht zu ersetzen. Die Mineralölwirtschaft würde die damit verbundenen Kosten voraussichtlich über höhere Diesel-

**Steuervergünstigungen für Biodiesel und geschätzte Steuerausfälle 2004**

	Biodiesel- absatz	Ersetzter Diesel	Steuerver- günstigung	Steuerausfälle
		in Mrd. l	in €/l	in Mill. €
Deutschland	1,176	1,080	0,47	507,6
Frankreich	0,395	0,363	0,33	119,8
Italien	0,364	0,334	0,29	96,9
UK	0,010	0,009	0,28	2,5
<b>Insgesamt</b>	<b>1,945</b>	<b>1,786</b>		<b>726,8</b>

Nach Angaben in EC 2004; EBB 2005; Economist 2005.

preise an die Verbraucher weitergeben. Zudem würden auch in diesem Fall die Preise für landwirtschaftlich erzeugte Nahrungsmittel steigen, da der ausgedehnte Rapsanbau eine Konkurrenz um Ackerflächen zur Folge hätte.

Begrüßt wird hingegen die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Absicht, Forschung und Entwicklung bei nachwachsenden

den Rohstoffen voranzubringen. Auf diese Weise könnten auf längere Sicht Biotreibstoffe entwickelt werden, die auch ohne Steuerbefreiung oder Beimischungspflicht am Markt bestehen könnten.

*Manuel Frondel und Jörg Peters, Biodiesel – nicht nur eitel Sonnenschein. RWI: Positionen #4. Informationen: frondel@rwi-essen.de, peters@rwi-essen.de*

## Eingeworbene Forschungsaufträge

**Weiterentwicklung der Arzneimittel-Preissteuerung durch Festbeträge.** Projekt für den Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller; Unterauftrag von Prof. Wasem,

Lehrstuhl für Medizinmanagement, Universität Duisburg-Essen. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 6 Monate.

## Vorträge und Konferenzen

### Ausgestaltung der Studiengebühren sollte Rücksicht auf Lebensumstände nehmen

Rund um das Thema Studienfinanzierung drehte sich das diesjährige RWI-Wirtschaftsgespräch. In der lebhaften Podiumsdiskussion zeigte sich, dass es in der Hauptsache auf die Ausgestaltung der Studiengebühren ankommt. Hierzu präsentierte Prof. Dr. Bruce Chapman ein sozialverträgliches Modell aus Australien, bei dem Studenten die Studiengebühren erst dann zurückzahlen, wenn sie nach dem Studium über ein relativ hohes Einkommen verfügen.

„Die zukünftige Finanzierung der Hochschulausbildung“ lautete der Titel des 9. RWI-Wirtschaftsgesprächs, zu dem die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung am 2. November in das ConferenceCenter der Commerzbank Essen eingeladen hatte. Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren: Prof. Dr. *Bruce Chapman*, Australian National University; Prof. Dr. *Michael Hartmann*, TU Darmstadt; *Christian Krekel*, KfW Bankengruppe; Dr. *Michael Stückradt*, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium NRW sowie

RWI-Präsident Prof. Dr. *Christoph M. Schmidt*. Die Moderation hatte wie im vergangenen Jahr WDR-Moderator *Lars Tottmann* übernommen.

Die Grundlage für die Diskussion lieferte ein Kurzvortrag von Bruce Chapman über den so genannten „income contingent loan“ (ICL), eine Art der Studiengebühren, an deren erfolgreicher Einführung in Australien Prof. Chapman maßgeblich beteiligt war und den er wissenschaftlich begleitet. Kern des ICL ist, dass er erst dann zurückgezahlt wird, wenn der Absolvent über ein relativ hohes Einkommen verfügt.

Diesen Ansatz griff Staatssekretär Michael Stückradt in der Diskussion bereitwillig auf. Das für NRW geplante Modell sei dem ICL sehr ähnlich, betonte er. Solche sozial verträglich gestalteten Studiengebühren könnten den Zugang zu Hochschulen gerechter gestalten. In jedem Fall müsse ver-

hindert werden, dass Studienbewerber in Bezug auf ihr Studienfach und die damit verbundenen späteren Einkommensmöglichkeiten einem „Ranking“ unterzogen würden, so Stückradt. Für die Universitäten müssten die Studiengebühren vor allem drei Bedingungen erfüllen: sie reicher machen, sie freier in ihrer Mitteleinwerbung werden lassen sowie ihnen Entscheidungsfreiheit über die Einführung geben.

Nach Einschätzung von RWI-Präsident Christoph M. Schmidt macht das Land NRW mit den Studiengebühren einen Schritt in die richtige Richtung. Generell herrsche in Deutschland allerdings eher eine Abneigung gegen Wettbewerb und Marktmechanismen. Gleichwohl schlug Schmidt vor, bei der Studienfinanzierung zunächst verschiedene Systeme in einen Wettbewerb treten zu lassen, um das für Deutschland am besten geeignete herausfinden zu können. Dabei solle der Einfluss der Studiengebühren auf die Zugangsgerechtigkeit zu den Hochschulen regelmäßig wissenschaftlich untersucht und bewertet werden.

Besorgt hinsichtlich Studiengebühren zeigte sich Studiengebühren-Gegner Michael Hartmann von der TU Darmstadt. Diese seien zwar bei ihrer Einführung meist niedrig, würden sich aber erfahrungsgemäß schnell erhöhen. Steigende Erwartungen der Studenten an die Qualität der universitären Ausbildung seien hingegen verfehlt: mit einer Maximalgebühr von 500 € pro Semester – wie zunächst in NRW geplant – sei der Student nicht Kunde, sondern lediglich Gebührenzahler. In den USA hätte sich zudem beispielsweise in Folge der Studiengebühren der klamme Staat aus der Finanzie-



Beim 9. RWI-Wirtschaftsgespräch diskutierten über die Hochschulfinanzierung (von links nach rechts): Lars Tottmann, Christian Krekel, Hans Engelmann, Dr. Michael Stückradt, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Prof. Dr. Bruce Chapman, Prof. Dr. Michael Hartmann, Dr. jur. Dietmar Kuhnt

rung zurückgezogen: Die Studienfinanzierung verschob sich weg von Stipendien hin zu Darlehen. Die Zugangsgerechtigkeit zu den Hochschulen habe ebenfalls gelitten.

Bruce Chapman betonte, sein Modell der sozialverträglichen Studiengebühren habe keine solchen Auswirkungen, weil das Geld erst bei einem relativ hohen späteren Gehalt zurückgezahlt werden müsste. Somit würden die Lebensverhältnisse der Absolventen berücksichtigt. Für ein solches System sprach sich auch Christian Krekel von der KfW-Bankengruppe aus. Die Rückzahlungsbedingungen müssten „vernünftig“ gestaltet sein. Aus Bankensicht sei das schon alleine deshalb sinnvoll, um keine unnötigen Rückzahlungsausfälle zu riskieren. Die KfW-Bankengruppe starte zum 1. März 2006 ein entsprechendes Studienkreditangebot.

Informationen: [weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)



Auf einen Blick – Stipendienggeber, Sprecher und der neue Jahrgang der RGS Econ (v.l.n.r.): Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Sprecher der RGS Econ und Präsident des RWI Essen), Prof. Dr.-Ing. Sebastian Engell (Prorektor der Universität Dortmund), Prof. Dr.-Ing. Gerhard Wagner (Rektor der Ruhr-Universität Bochum), Leilanie Basilio (RGS-Doktorandin), Stefanie Neimann (RGS-Doktorandin), Prof. Dr. Lothar Zechlin (Rektor der Universität Duisburg-Essen), Dr. Henner Puppel (Sprecher des Vorstandes der National-Bank AG), Vivien Procher (RGS-Doktorandin), Tobias Wenzel (RGS-Doktorand), Victoria Galsband (RGS-Doktorandin), Dr. Henning Osthuus-Albrecht (Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Essen), Yiquan Gu (RGS-Doktorand), Reinhold Schulte (Vorstandsvorsitzender der Signal-Iduna Gruppe), Ute Volz (RGS-Doktorandin), Friedel Fleck (Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes), Jan Heufer (RGS-Doktorand), Prof. Dr. Wolfgang Leininger (Universität Dortmund, Sprecher der RGS Econ)

## Zweiter Jahrgang der RGS Econ begrüßt

Mit einer kleinen offiziellen Feier wurde im RWI Essen der zweite Jahrgang von Stipendiaten der *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ) begrüßt. Er hat am 1. Oktober mit seiner dreijährigen akademischen Ausbildung begonnen und wird im ersten Jahr am RWI Essen betreut. Die RGS Econ ist eine Verbundinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie des RWI Essen und ermöglicht pro Jahrgang acht Studierenden ein Promotionsstudium auf höchstem wissenschaftlichem Niveau. Der zweite Jahrgang besteht aus fünf Stipendiatinnen und drei Stipendiaten, zu ihm gehören unter an-

derem Studierende von den Philippinen, aus Russland und China (siehe S. 11).

Finanzielles Engagement der Privatwirtschaft hat es ermöglicht, dass auch der zweite Jahrgang komplett mit Vollstipendien ausgestattet werden konnte. Sie wurden vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband, von der National-Bank Essen, der Sparkasse Essen sowie der Signal-Iduna Gruppe finanziert. Die Doktoranden bekamen ihre Stipendien während der offiziellen Begrüßungsfeier von Vertretern der Stipendienggeber überreicht.

Informationen: [rumpf@rwi-essen.de](mailto:rumpf@rwi-essen.de)

## Gemeinschaftsdiagnose: Wissenschaftler tagten im RWI Essen

Von 9. bis 19. Oktober versammelten sich rund 50 Wissenschaftler der sechs großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München;

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW); Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH); RWI Essen) in Essen, um die Gemeinschaftsdiagnose zu erarbeiten. Diese gemeinschaftliche Konjunkturprognose wird zweimal jährlich von den Instituten erstellt, die hierfür reihum Gastgeber

ber sind. Aufgeteilt in elf Arbeitsgruppen – darunter beispielsweise „Öffentliche Finanzen“, „Geld und Kredit“, „Außenhandel“, „Arbeitsmarkt“ und „Ausblick/Welt“ – wurde auch dieses Mal wieder viel diskutiert und um Formulierungen gerungen. Das Ergebnis wurde am 20. Oktober unter großem Medieninteresse bei der Bundespressekonferenz vorgestellt: die sechs Institute rechnen für 2005 mit einem Wachstum des deutschen BIP von 0,8%, für 2006 mit 1,2%.

Informationen:  
doehrn@rwi-essen.de



Die Federführung der Gemeinschaftsdiagnose, besetzt mit den Konjunkturchefs der Institute (v.l.n.r.): Dr. Eckhardt Wohlers (HWWA), Dr. Roland Döhrn (RWI Essen), Prof. Dr. Joachim Scheide (IfW), Prof. Dr. Udo Ludwig (IWH), Prof. Dr. Gebhard Flaig (ifo), Prof. Dr. Alfred Steinherr (DIW)

## Publikationen

### RWI : Discussion Papers

Download der RWI : Discussion Papers unter [www.rwi-essen.de/dp](http://www.rwi-essen.de/dp)

**(34) Werner Bönte und Lars Wiethaus, Knowledge Transfer in Buyer-Supplier Relationships – When It (Not) Occurs**

Freiwilliger Wissens- oder Technologieaustausch in Kunden-Lieferanten-Beziehungen kann die Effizienz der Geschäftsbeziehung erhöhen. Das Interesse am Technologietransfer kann jedoch abnehmen, falls Wissen an Dritte transferiert wird. Diese theoretische Studie untersucht den Fall eines gemeinsamen Lieferanten zweier Kunden. Es wird gezeigt, dass die Kunden besser beraten sind, ihr Wissen nicht an den gemeinsamen Lieferanten weiterzugeben, weil letzterer einen Anreiz hat, erhaltenes Wissen an den jeweils anderen Kunden weiterzugeben. Es wird ferner gezeigt, dass langfristige Kunden-Lieferanten-Beziehungen (wiederholte Spiele) dieses Dilemma in zweierlei Weise aufheben können: Einerseits kann der Lieferant eine „firewall“ einrichten, also sicherstellen, dass nur wenig erhaltenes Wissen weitergegeben wird.

Andererseits kann der Lieferant als eine Art Intermediär fungieren, der sicherstellt, dass jeweils gleichwertiges Wissen an beide Kunden transferiert wird. Tatsächlich ist dies für alle beteiligten Unternehmen die profitabelste Lösung.

**(35) Axel Dreher und Lars Siemers, The Intriguing Nexus between Corruption and Capital Account Restrictions**

Das Papier entwickelt ein theoretisches Modell zur wechselseitigen Erklärung von Korruption und Kapitalverkehrskontrollen. Es wird gezeigt, dass striktere Kapitalbilanzbeschränkungen die Korruption nähren, während stärkere Korruption die Regierung dazu bringt, noch striktere Kapitalverkehrskontrollen einzuführen. Auf Basis von Paneldaten für 112 Länder wird das Modell getestet. Die empirische Analyse zeigt, dass sich Korruption und Kapitalverkehrskontrollen in der Tat gegenseitig beeinflussen. Diese empirische Beziehung ist allerdings nicht vollständig robust. Eine Wechselwirkung zwischen Korruption und

Kapitalverkehrskontrollen impliziert die Gefahr einer Aufwärtsspirale, so dass eine restriktive Kapitalbilanzpolitik in einem ineffizient hohen Ausmaß an Korruption

mündet. Die aufgezeigte Wechselwirkung impliziert daher, dass Kapitalverkehrsrestriktionen (wie die Tobin-Steuer) letztlich kontraproduktiv sein könnten.

## Intern

### Neue Mitarbeiter im RWI Essen



Seit 1. November verstärkt *Christoph Schwierz* den Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bevölkerung und Soziale Sicherung“

des RWI Essen. Christoph Schwierz hat in Berlin, Lausanne und Prag Volkswirtschaftslehre und in Warschau Europawissenschaften studiert. Forschungsaufenthalte führten ihn zudem bereits nach Oslo und Den Haag. Neben verschiedenen Forschungstipendien wurde sein Beitrag „Hausarbeit vs. Erwerbsarbeit – Steuerliche und sozioökonomische Gestaltung des Arbeitsangebots“ 2005 mit einem Deutschen Studienpreis der Körber-Stiftung ausgezeichnet. Seine speziellen Forschungsinteressen liegen unter anderem auf den Gebieten europäische ökonomische Integration, Ökonometrie, Gesundheitsökonomie und Arbeitsmarktökonomik. In seiner Promotion wird er sich voraussichtlich mit Reformen in Krankenhausesektor beschäftigen.

Seit 1. Dezember arbeitet *Verena Groß* als wissenschaftliche Referentin im Kompetenzbereich „Existenzgründung und Unternehmensentwicklung, Handwerk und Neue Technologien“. Sie hat in Mainz und Köln Regionalwissenschaften Lateinamerika und Volkswirtschaftslehre sozialwissenschaftlicher Richtung studiert. Ihre Di-

plomarbeit, die während eines Aufenthalts im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bevölkerung und Soziale Sicherung“ des RWI Essen entstand, beschäftigt sich mit der Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme „Weiterbildung von Beschäftigten“ des Europäischen Sozialfonds. Ihre Promotion wird voraussichtlich im Themenbereich Forschungsstrategien angesiedelt sein.

Ein weiterer neuer Mitarbeiter in diesem Kompetenzbereich ist *Joel Stiebale*. Er hat in Heidelberg und Boston Volkswirtschaftslehre studiert, die Schwerpunkte lagen dabei auf den Fächern Ökonometrie, Finanzmärkte und angewandte Spieltheorie. Seine Diplomarbeit beschäftigte sich mit der Theorie und Evidenz von Internet-Auktionen. Während seines Studiums arbeitete Joel Stiebale als wissenschaftliche Hilfskraft im ZEW Mannheim, speziell an Projekten zu Produktivitätseffekten von IT. Praktische Erfahrungen sammelte er zudem während eines Praktikums im Risikocontrolling der Dresdner Bank AG.



Seine Promotion wird sich voraussichtlich einem Thema aus dem Bereich der empirischen Industrieökonomik widmen.

Ebenfalls seit dem 1. Dezember ist *Matthias Vorell* neu im Team des RWI Essen. Er arbeitet schwerpunktmäßig im Kompetenzbereich „Migration, Integration und Bildung“. Daneben ist er auch für den Kompetenzbereich „Daten“ tätig und betreut dort unter anderem das System zur

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). *Matthias Vorell* hat an der Ruhr-Universität Bochum Wirtschaftswissenschaften mit den Schwerpunkten Makroökonomie und Internationale Wirtschaftsbeziehungen studiert.



## Die Stipendiaten der RGS Econ, Jahrgang 2005 (Teil 1)

Im Oktober 2005 startete der zweite Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (vgl. auch Seite 8). Nachfolgend eine Kurzdarstellung der Stipendiaten, deren Ausbildung vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband, von der National-Bank Essen, der Sparkasse Essen sowie der Signal-Iduna Gruppe maßgeblich finanziell gefördert wird.

### *Leilanie Basilio*

absolvierte ihr Studium der Volkswirtschaftslehre an der *University of the Philippines* (Bachelor) und der *Australian National University* (Master of Economics). Ihre Abschlussarbeit mit dem Titel „Do Cities Really Pay Higher Wages?“ untersuchte die Ursachen für Einkommensunterschiede zwischen australischem Hinterland und Großstädten. Beruflich war sie in der developmentpolitischen Forschung tätig. Bevor sie zur RGS Econ kam, war sie an einem Forschungsinstitut der Regierung der Philippinen an verschiedenen Projekten beteiligt; außerdem arbeitete sie als Beraterin für die Asiatische Entwicklungsbank. Schwerpunkt ihrer zukünftigen Forschung ist der Bereich Arbeitsmarktökonomik, insbesondere Untersuchungen der



Dynamik zwischen Arbeitsmarkt und Humankapitalinvestitionen.

*Interessensgebiete:* Angewandte Arbeitsmarktökonomik, Wirtschaftsgeographie

### *Victoria Galsband*

hat an der *Universität Dortmund* Wirtschaftswissenschaften (Diplom) und am *Canisius College* in Buffalo, USA,



Finanzwissenschaften (Bachelor) studiert. Während sie sich in Dortmund auf angewandte Makroökonomie und Finanzwissenschaften konzentrierte, beschäftigte sie sich während ihres Studiums in Buffalo schwerpunktmäßig mit Portfoliotheorie und dem Firmenkundengeschäft. In ihrer Diplomarbeit untersuchte sie die Rolle des Konsum-Vermögen-Verhältnisses bei der Vorhersage von Marktüberschussrenditen und diskutierte weitere Theorien zur Prognosemöglichkeit von Aktienmärkten. Nach dem Abschluss am Canisius College arbeitete Victoria Galsband als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Applied Economics in Dortmund.

*Interessensgebiete:* Angewandte Makroökonomie, Finanzökonometrie, Finanzwissenschaften



### *Yiquan Gu*

erwarb seinen Bachelor-Abschluss in Betriebswirtschaft an der *Tongji Universität* in Shanghai sowie seinen Master in Financial Economics an der *Albert-Ludwigs-Universität* Freiburg. Zur Zeit liegen

seine Forschungsinteressen im Bereich mikrobasierter Verfahren zur kurzfristigen Wechselkursdynamik und der Entwicklung von Finanzmärkten.

*Interessensgebiete:* Mikrostruktur von Märkten, Spieltheorie, Allgemeine Gleichgewichtsmodelle



### *Jan Heufer*

Schwerpunkte während seines Studiums der Volkswirtschaftslehre an der *Europa-Universität Viadrina* in Frankfurt/Oder waren Industrieökonomik und Ökonometrie. In seiner Diplomarbeit untersuchte er eine

experimentelles Diktatorspiels und überprüfte die Konsistenz altruistischer Entscheidungen. Während des Studiums war er außerdem am Lehrstuhl für Mikroökonomie von Prof. *Bolle* als studentische Hilfskraft beschäftigt und gab Übungen in Mikroökonomie.

*Interessensgebiete:* Mikroökonomie, (Empirische) Industrieökonomie, Experimentelle Wirtschaftsforschung

## **Frohes Fest**

Das RWI-Team wünscht allen Lesern eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr!

### **RWI : News Nr. 5/2005 (Dezember 2005)**

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Fotos: Philipp Gallon, Sabine Weiler

ISSN 1612-3581

